

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: tarife@e-control.at

Kontakt
Dr. Dieter Kreikenbaum

DW
224

Unser Zeichen
22/2014

Ihr Zeichen

Datum
10.11.2014

**Stellungnahme der Sparte Erzeugung zum Entwurf der
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – Novelle 2015 (SNE-VO 2012 –
Novelle 2015)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie dankt für die Gelegenheit, zum vorliegenden Verordnungsentwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Die SNE-VO 2012 - Novelle 2015 steigert die bereits bestehende massive Belastung der Erzeugung mit Netzegebühren ein weiteres Mal.

Das Systemdienstleistungsentgelt wird durch die vorliegende Novelle im Vergleich zur geltenden SNE-VO um 54 % erhöht. Seit dem Jahr 2011 stiegen die Kosten für das Systemdienstleistungsentgelt gar um 158 %. Daraus entstehen allein durch die Steigerung des Systemdienstleistungsentgelts von 2014 auf 2015 jährliche Mehrkosten von mehr als 50 Millionen Euro (Basis Systemdienstleistungspflichtige Erzeugungsmenge 2013).

In Österreich bestehen bereits jetzt übermäßige Belastungen für Erzeuger. Die Nachbarländer Österreichs und damit auch die für österreichische Stromerzeuger besonders relevanten Wettbewerbsgebiete, wie Deutschland, haben keine G-Komponente.

Daraus resultieren für die österreichischen Kraftwerke nicht mehr tragbare Mehrbelastungen und Wettbewerbsnachteile, die die nachhaltige Wirtschaftlichkeit vieler Anlagen in Frage stellen.

Die hohen Systemnutzungsentgelte, insbesondere die Doppelbelastung der bestehenden Pumpspeicherkraftwerke (diese bezahlen einerseits als Stromerzeuger und andererseits als Entnehmer beim Pumpbetrieb), wirken sich äußerst negativ auf den Einsatz von Pumpspeicherkraftwerken (PSKW) aus. Deren Tarifbelastung (Netzverlustentgelt, Netznutzungsentgelt, Systemdienstleistungsentgelt) hat sich seit 2008 knapp vervierfacht. Dabei sind Pumpspeicher gerade in Zeiten rasch wachsender Kapazitäten an fluktuierender Stromerzeugung zentral für die Systemstabilität.

Hinsichtlich der Systemstabilität sind KWK-Anlagen insbesondere in Ballungsräumen von Bedeutung (Spannungshaltung, Engpassmanagement etc.). Der Kostenanstieg des Systemdienstleistungsentgelts stellt für KWK-Anlagen einen relevanten Wettbewerbsnachteil am Erzeugungsmarkt dar. Einerseits werden sie durch die Bereitstellung von mengenmäßig großer Grundlastlieferung in den Wintermonaten über das Systemdienstleistungsentgelt stark belastet, andererseits können KWK-Anlagen infolge ihrer Fahrweise nur eingeschränkt am Markt für Sekundärregelenergie teilnehmen.

Zu den einzelnen Punkten des Begutachtungsentwurfes nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 4 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt belastet. Der positive Beitrag der PSKW zur Systemstabilisierung darf dadurch nicht konterkariert werden. Daher sollen auch bestehende Pumpspeicher vom entnehmerseitigen Netznutzungsentgelt befreit werden und eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb des gemeinsamen Marktes Österreich/Deutschland angestrebt werden.

Zu § 6 Netzverlustentgelt

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. Wir lehnen die Einbeziehung der Erzeugung in diese Tarifkomponente grundsätzlich ab.

Zu § 8 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Die exorbitante Steigerung von über 50 % des Systemdienstleistungsentgeltes gegenüber 2014 ist weder in der Sache noch nach den Erläuterungen nachvollziehbar und daher strikt abzulehnen.

Trotzdem ist es angebracht, kostensenkende Maßnahmen im Sekundärregulierungsenergiemarkt zu setzen. Einige, in den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf angeführte Maßnahmen wurden bereits ergriffen. Als nächsten wichtigen Schritt halten wir eine Marktintegration mit Deutschland bis zum 1. Juli 2015 für erforderlich. Etwaigen Verzögerungen dieses Vorhabens gilt es frühzeitig entgegenzuwirken. Um den Preis für Sekundärregelenergie zu senken, sollten weiters die Möglichkeiten eines verbesserten Zuganges für potentielle

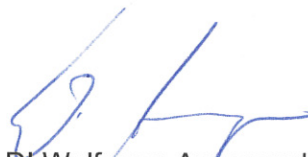
Anbieter genutzt werden. Ein maßgeblicher Schritt dafür wäre eine Verkürzung der Angebotszeiträume für Sekundärregelenergie auf 4 Stunden.

Durch das Systemdienstleistungsentgelt werden von Einspeisern mit einer Engpassleistung von mehr als fünf MW die Kosten der Sekundärregelung zu 78 % abgegolten. Diese Aufbringung von 78 % der Kosten stellt keine verursachungsgerechte und somit keine faire Kostenaufteilung dar. Wir halten es für erforderlich, den 78/22 Aufteilungsschlüssel des Paragraphen 69 des ElWOG 2010 den Erfordernissen des heutigen Strommarktes anzupassen und eine breitere Aufteilung der Kosten auf Einspeiser und Entnehmer vorzunehmen.

Abschließend ersuchen wir daher eindringlich, von einer weiteren Verschlechterung für Erzeuger Abstand zu nehmen. Dies würde zu einem weiteren untragbaren Wettbewerbsnachteil führen und darüber hinaus politische Zielsetzungen, wie Versorgungssicherheit, Stärkung der inländischen Stromproduktion und weniger Atomstromimporte, konterkarieren.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen



DI Wolfgang Anzengruber
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin